

„Indien ist keine Demokratie“

SPIEGEL-Interview mit dem rechten Oppositionsführer Atal Bihari Wadschpaji

SPIEGEL: Herr Wadschpaji, Indiens Probleme werden immer unlösbarer. Das Volk verelendet immer mehr, einzelne Gruppen greifen zur Gewalt. Was ist aus Indira Gandhis Feldzug gegen die Armut geworden?

WADSCHPAJI: Indira Gandhi und die Kongreßpartei hätten die Wahlen verloren, wenn ihnen nicht rechtzeitig der Slogan „Garibi hatao“ — Bekämpft die Armut — eingefallen wäre. Darauf fielen die Massen herein, aber was geschah? Die Preise steigen, die Arbeitslosigkeit greift weiter um sich, die Industrie stagniert, die Verwaltung ist von galoppierender Korruption befallen. Die Wähler wurden zutiefst enttäuscht.

SPIEGEL: Weshalb nützt die Regierung nicht ihre solide Mehrheit, um wenigstens einige ihrer Versprechen zu erfüllen?

WADSCHPAJI: Mrs. Gandhi hat bloß das Elend der Menschen ausgehöhlt. Sie hat Armut und Elend nicht beseitigt, sie versucht, die Armut auf andere abzuwälzen, aber man macht die Armen nicht reich, indem man die Reichen arm macht. Mrs. Gandhi hat sich als völliger Versager erwiesen.

SPIEGEL: Welches Rezept hat Ihre Partei gegen das Elend?

WADSCHPAJI: Die Regierung bemäntelt ihr Versagen, indem sie die Opposition zu knebeln und die Presse mundtot zu machen sucht. Sie ist autoritär. In Indien hat die Opposition so gut wie keine Möglichkeit, sich zu artikulieren. Rundfunk und Fernsehen sind fest in der Hand der Regierung, in diesen Medien duldet die Regierung allein ihre Stimme. Die Zeitungen werden unter starken Druck gesetzt. In Wahrheit ist Indien keine Demokratie.

SPIEGEL: Ihre eigene Partei, der Dschan Sangh, hat auch nicht gerade den Ruf, sich sehr um Demokratie zu sorgen, sie gilt eher als nationalistisch, chauvinistisch, sie will ein „Groß-Indien“.

WADSCHPAJI: Ja, ja, ich kenne das alles. Als ich mal in Deutschland war, hat man mich gefragt, ob wir eine Art Nazis seien. Den Ruf einer ultranationalistischen, einer chauvinistischen Hindu-Partei hat uns noch Indira Gandhis Vater Nehru angehängt. Natürlich sind wir keine sozialistische Partei und wollen auch keine sein. Wir sind aber auch nicht

Nationalisten, sondern Patrioten, und dies muß man sein in einem so vielfältigen, so unterschiedlichen Land. Aber wir sind, gegenüber wirtschaftlichen Problemen beispielsweise, durchaus pragmatisch. Die Basis-Industrien sollten verstaatlicht sein, der Staat soll eingreifen, wo immer dies wirklich nötig ist.

SPIEGEL: Aber Sie waren seinerzeit gegen die Verstaatlichung der Banken.

WADSCHPAJI: Dagegen sind wir nach wie vor, denn was bessere



Oppositionspolitiker Wadschpaji
„Wir sind für die Atombombe“

sich durch die Verstaatlichung? Wissen Sie, daß die Einlagen bei den Banken seit der Verstaatlichung um 40 Prozent gestiegen sind, die Kredite an Bauern aber nur um 4 Prozent zugenommen haben?

SPIEGEL: Was wollen Sie denn besser machen, um Indiens Probleme zu mildern?

WADSCHPAJI: Wir würden dort anfangen, wo das Übel beginnt, bei der Erziehung. Unsere Erziehung, die wir fast unverändert von den Engländern übernommen haben, mußte viel mehr berufsorientiert werden, damit neben dem allgemeinen Problem der Massenarbeitslosigkeit nicht auch noch jenes der Arbeitslosigkeit der Gebildeten, der Akademiker, kommt, die eine völlig verkehrte Erziehung erhielten. Zweitens müssen öffentliche Arbeiten in größtem Umfang begonnen werden. Wir müssen Brücken, Straßen, Schulen, Spitäler und Brunnen bauen, denn die Infrastruktur ist eines unse-

rer größten Probleme und eines, das sträflich vernachlässigt wurde.

SPIEGEL: Immerhin sah Nehru in Staudämmen und Stahlfabriken „die neuen Tempel“ Indiens.

WADSCHPAJI: Wir brauchen weniger große Dämme als kleine Stauwerke, Brunnen, die das ganze Jahr über Wasser geben, aber statt dessen bauen wir Riesenwerke, deren Kapazität dann nicht genutzt wird. Wir brauchen eine Klein-Industrie verstreut über das ganze Land, um jene Gabe zu nutzen, die Indien im Überfluß hat: die Arbeitskraft seiner vielen hundert Millionen Menschen. Jede Farm sollte ihre kleine Fabrik haben. Sehen Sie, so könnte überall Seife oder Haaröl beispielsweise, könnten Konserven und Textilien hergestellt werden. Eine solche Revolution wollen wir haben, selbst wenn das sozialistisch erscheinen mag, aber wir glauben eben nicht an eine völlig freie Marktwirtschaft, die können wir uns gar nicht leisten.

SPIEGEL: Ihre Partei greift die Regierung vor allem wegen deren Außenpolitik, des Bündnisses mit der Sowjet-Union an.

WADSCHPAJI: Mrs. Gandhi arbeitet mit Rücksicht auf die Russen mit den Kommunisten zusammen. Sie hat führende Kommunisten in ihre Partei aufgenommen, und wir mögen weder kommunistischen noch sowjetischen Einfluß in Indien.

SPIEGEL: Eine Politik der Stärke freilich, wenn man den Zielen der Dschan Sangh und den Befürchtungen ihrer Nachbarn glauben darf. Erscheint Ihnen der Nachbar Pakistan noch immer als eine Gefahr für Indien?

WADSCHPAJI: Pakistan und auch China bedeuten nach wie vor eine Bedrohung Indiens.

SPIEGEL: Wollen Sie Pakistan zerstören?

WADSCHPAJI: Ich kann mir durchaus im Nordwesten des Subkontinents einen unabhängigen Sind, ein Pathunistan, Belutschistan und einen unabhängigen Pandschab an Stelle Pakistans vorstellen.

SPIEGEL: In Indien wird von einer eigenen Atombombe gesprochen, manche meinen, die Bombe würde notfalls Mrs. Gandhis nächster Wahlschlager werden. Wollen Sie eine indische Atombombe?

WADSCHPAJI: Die Dschan Sangh-Partei ist für die Bombe eingetreten und tritt weiter dafür ein.